



Bürgerinitiative „Kein Wald für Wind“ Calau/Gollmitz

MEHR DEMOKRATIE WAGEN!

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Mit diesen Worten prägte Kanzler Willi Brandt Anfang der 70er Jahre den Zeitgeist der damaligen Bundesrepublik. Heute, reichlich 50 Jahre später, sollten seine Worte und seine Intention nichts von ihrer grundlegenden Bedeutung eingebüßt haben. Unsere Initiative muss aber feststellen, dass Politik sich immer weiter von Wagnissen Brandt'scher Prägung entfernt.

Wir setzen uns seit der Gründung im Jahr 2021 für eine vernunftgeleitete Energiepolitik ein, für eine Energiepolitik, die einerseits ausgewogen und bezahlbar bleibt und andererseits Erkenntnisse aus Naturwissenschaft und Technik beachtet. Ein Wildwuchs an Windrädern zerstört Umwelt und Heimat und bleibt in seiner Wirkung auf das Weltklima unter der Nachweisbarkeitsgrenze.

Die Durchsetzung einer ‚Energiewende mit der Brechstange‘ war und ist Markenzeichen Grüner Politik. Mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) vom Juli 2022 hatte die Ampelregierung den § 28 Grundgesetz Absatz 2 (*Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln*) weitgehend ausgehöhlt. Die Wähler im Bund und besonders auch in Brandenburg haben in jüngster Vergangenheit ein deutliches Votum zu dieser Entrechtung der Kommunen abgegeben und mit ihrer Stimme einen Politikwechsel eingefordert.

Wir hatten uns vor diesem Hintergrund im März mit der Bitte an die neue Umwelt-Ministerin Hanka Mittelstädt in Potsdam gewandt, der weiteren Landschaftszerstörung durch Windräder Einhalt zu gebieten und den Kommunen ihre von der Verfassung garantierten Hoheitsrechte zurück zu geben. Natürlich brauchen wir Stromanteile aus Sonne und Wind, aber wie und wo muss eine Kommune bei vorgegebenen Zielgrößen selbst entscheiden dürfen. Kaum jemand wird ernsthaft behaupten wollen, dass solche Entscheidungen aus Potsdam heraus besser und bürgernäher getroffen werden können.

Brandenburg setzt sich aktiv für die Beteiligung von Kommunen an der Energiewende ein. Mit dem Brandenburger Windenergieanlagenabgabengesetz schafft das Land klare Rahmenbedingungen, um Gemeinden an den wirtschaftlichen Erträgen von Windenergie- und Photovoltaikprojekten zu beteiligen. Diese Gesetze verpflichten Betreiber, finanzielle Abgaben an die Standortkommunen zu leisten, was die regionale Wertschöpfung stärkt, und die Akzeptanz erneuerbarer Energien fördert.

So wirbt die Potsdamer Landesregierung - leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzausstattung der Kommunen zunehmend darauf abstellt, dass die eigentlich zusätzlich gedachten Gelder bereits für Pflichtaufgaben der Kommune eingesetzt werden müssen, da die ausgereichten Haushaltsmittel vorn und hinten nicht reichen.

Wir rufen daher die Abgeordneten der SVV Calau und alle Bürger auf, auch weiterhin einzufordern, dass auf die Regierungswechsel in Potsdam und Berlin auch ein Politikwechsel erfolgen muss. Eine vernunftgeleitete Energiepolitik ist möglich – lasst uns **mehr Demokratie wagen** und die Kommunen wieder in ihre verfassungsgemäßen Rechte einsetzen!

Gollmitz, im August 2025

